Die Ausgabe von Notgeld.

Das Staatsamt für Finanzen wird auf Ermächtigung des Staatsrates folgende Vollzugsanweisung erlassen:

Die Ausgabe von Gelderatzzeichen (Notgeld) durch öffentliche Körperschaften, industrielle Verbände, Unternehmungen usw. zur Behebung eines durch vorübergehenden Mangel an gesetzlichen Zahlungsmitteln verursachten Notstandes im Zahlungsverkehr ist im Sinne der bestehenden Gesetze nur mit Genehmigung des deutschösterreichischen Staatsamtes der Finanzen gestattet.

Für die ohne staatliche Bewilligung bereits in Verkehr gesetzten Gelderatzzeichen ist die nachträgliche Genehmigung des deutschösterreichischen Staatsamtes der Finanzen ohne Verzug einzuholen.

Die ausgebenden Stellen sind verpflichtet, für die Dauer des Umlaufes der von ihnen in Verkehr gesetzten Geldzeichen bei einer Bankanstalt der Oesterreichisch-ungarischen Bank oder beim Postsparkassenamt ein *Bar Guthaben* in der Höhe des jeweiligen Umlaufbetrages der Geldzeichen zu unterhalten oder pupillarsichere Wertpapiere in dem nach ihrem Kurswert entsprechenden Betrag zu hinterlegen.

Die Umlaufdauer der Gelderatzzeichen ist in der Regel mit nicht mehr als drei Monaten festzusetzen. Für die Ausgabe von Gelderatzzeichen durch Gemeinden ist ein Beschluß der Gemeindevertretung erforderlich. Die ausgebenden Geldzeichen müssen die deutliche Wertangabe in Worten und Ziffern tragen, die ausgebende Stelle genau bezeichnet und die näheren Daten über die Einlösung (Einlösungstermin und Einlösungsstelle) enthalten.

Die Ansuchen um Genehmigung der Ausgabe von Notgeld haben genaue Angaben über den Gesamtbetrag der Emission, Stückelung, Umlaufsgebiet und Umlaufdauer sowie Einlösungstermin zu enthalten; vor Beginn der Ausgabe sind die Belege über die vorgeschriebene Deckung, eine Beschreibung der Geldzeichen sowie Probedrucke vorzulegen.

Diese Vollzugsanweisung tritt mit dem Tage ihrer Kundmachung in Kraft.